

Politische Erklärung zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs

Die Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft sind am Vorabend des 40. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs in Bonn zusammengekommen und gedenken in Trauer all derjenigen, die damals durch Kriegshandlungen oder als Opfer von Unmenschlichkeit, Unterdrückung und Gewaltherrschaft ihr Leben verloren. Wir bekennen, daß wir es ihrem Andenken und den nachfolgenden Generationen schuldig sind, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in unseren Ländern und in der Welt aufrechtzuerhalten.

Wir haben aus der Geschichte gelernt. Das Ende des Krieges war zugleich ein Neubeginn. Als der Schlachtenlärm verhallt war, machten wir uns an die Aufgabe der geistigen und moralischen Erneuerung und des materiellen Wiederaufbaus. Wir überwanden die Feindseligkeiten, die uns einst getrennt hatten, und setzten auf der Grundlage gemeinsamer Werte einen Prozeß der Versöhnung und Zusammenarbeit unter uns in Gang. Im Geiste einer uns verbindenden, sicheren und dauerhaften, dem Frieden dienenden Freundschaft bekennen wir uns heute in allen unseren Ländern zu Freiheit, zu demokratischen Grundsätzen und zu den Menschenrechten. Wir sind stolz, daß die Regierungen unserer Länder ihre Legitimität aus dem in freien Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen unserer Völker beziehen. Wir sind stolz darauf, daß die Menschen in unseren Ländern frei sind, zu sagen und schreiben, was sie wollen, die Religion auszuüben, zu der sie sich bekennen, und zu reisen, wohin sie wollen. Wir bekennen uns zu der Pflicht, eine Gesellschaftsform zu gewährleisten, in der sich Initiative und Unternehmungsgeist des einzelnen entfalten und die Ideale der sozialen Gerechtigkeit, Pflichten und Rechte verwirklicht werden können.

Wir erkennen, daß es uns besser in partnerschaftlicher Zusammenarbeit als allein gelingen wird, diese Ziele zu verwirklichen und die durch den technologischen und industriellen Wandel gebotenen Chancen und Herausforderungen anzunehmen. In Europa wächst die die Aussöhnung und die gemeinsamen Ziele verkörpernde Gemeinschaft sowohl hinsichtlich der Zahl ihrer Mitglieder als auch des Wohlstands. Die Nationen des dynamischen pazifischen Raums rücken immer enger zusammen. Die Partnerschaft zwischen Nordamerika, Europa und Japan ist ein Garant für Frieden und Stabilität in der Welt.

Andere Nationen, die die Leiden des Zweiten Weltkriegs mit uns teilten, sind durch grundsätzliche Unterschiede der politischen Systeme von uns getrennt. Wir beklagen die Teilung Europas. Wenn wir uns zu den Idealen von Frieden, Freiheit und Demokratie bekennen, so geht es uns darum, mit friedlichen Mitteln die Barrieren abzu-

bauen, die in Europa errichtet wurden. Wir glauben, daß der KSZE-Prozeß mit seinem Versprechen einer Verbesserung im Bereich der Menschenrechte eine Möglichkeit zur Stärkung von Vertrauen, Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa bietet. Wir sehen einem Zustand des Friedens in Europa entgegen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir hoffen sehr, daß in Asien ein politisches Umfeld geschaffen wird, das die Überwindung der Teilung der koreanischen Halbinsel in Freiheit ermöglicht.

Nach der Charta der Vereinten Nationen sind alle Staaten gemeinsam verantwortlich für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und müssen sich deshalb der Androhung und Anwendung von Gewalt enthalten. Wir sind unsererseits entschlossen, den Frieden zu wahren und dabei unsere demokratischen Freiheiten zu schützen. Jeder von uns wird sich daher für die Erhaltung und Stärkung eines stabilen militärischen Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Streitkräfte niveau einzusetzen und dabei weder Überlegenheit für uns selbst anstreben noch unsere Verteidigung vernachlässigen. Wir sind bereit, einen Dialog auf hoher Ebene über die tiefgreifenden, Ost und West trennenden Differenzen zu führen. Wir unterstützen nachhaltig Bemühungen um die Festigung des Friedens und um Verbesserung der Abschreckung durch die Aushandlung bedeutsamer Verringerungen der bestehenden Kernwaffenarsenale, von Begrenzungen bei konventionellen Waffen, eines Verbots chemischer Waffen und der Verminderung der Gefahr von Konflikten. Wir begrüßen die Aufnahme von Verhandlungen in Genf. Wir würdigen die positiven Vorschläge der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir fordern die Sowjetunion dringend auf, sich positiv und konstruktiv zu verhalten, damit dort bedeutsame Übereinkünfte erzielt werden können.

Wir werden auch weiterhin bestrebt sein, mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten, um ihnen dabei zu helfen, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, freie und sich gedeihlich entwickelnde Gesellschaften aufzubauen und ihren Platz in der Gemeinschaft der Nationen, die sich zu Frieden und Freiheit bekennen, einzunehmen. Wir achten echte Nichtgebundenheit als einen wichtigen Beitrag zur internationalen Sicherheit und zum Weltfrieden.

Im Rückblick auf die furchtbaren Leiden des Zweiten Weltkriegs und die gemeinsame Erfahrung von 40 Jahren Frieden und Freiheit verpflichten wir uns und unsere Staaten erneut zur Schaffung einer Welt, in der alle Völker die Segnungen des Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit sowie der Freiheit von Unterdrückung, Furcht und Not zuteil werden; einer Welt, in der der einzelne seiner Verantwortung für sich selbst, seine Familie und seine Gemeinschaft gerecht werden kann; einer Welt, in der sich alle Nationen, große und kleine, gemeinsam der Schaffung einer besseren Zukunft für die gesamte Menschheit widmen.

Wirtschaftserklärung von Bonn (Schlußkommuniqué)

Für dauerhaftes Wachstum und höhere Beschäftigung

1. Im Bewußtsein der Verantwortung, die wir gemeinsam mit anderen Regierungen für die Zukunft der Weltwirtschaft und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen tragen, haben wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrieländer zusammen mit dem Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, vom 2. bis 4. Mai 1985 in Bonn über die wirtschaftlichen Aussichten, Probleme und Chancen für unsere Länder und für die Welt beraten.
2. Die Weltwirtschaft befindet sich heute in einer besseren Verfassung als seit geraumer Zeit. Seit unserem letzten Treffen wurden weitere Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung und bei der Stärkung der Grundlagen des wirtschaftlichen Wachstums erzielt. Die Erholung in den Industrieländern beginnt sich jetzt auch auf die Entwicklungsländer auszubreiten. Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer — obgleich noch keineswegs gelöst — werden flexibel und wirksam angegangen.
3. Dennoch sehen sich unsere Länder großen Herausforderungen gegenüber. Vor allem müssen wir
 - die Fähigkeit unserer Volkswirtschaften stärken, sich neue Entwicklungen zunutze zu machen;
 - das Arbeitsplatzangebot erhöhen;
 - soziale Ungleichheiten abbauen;
 - die anhaltenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte korrigieren;
 - dem Protektionismus Einhalt gebieten und
 - die Stabilität des Weltwährungssystems verbessern.
4. Bei unseren Beratungen über diese Aufgaben sind wir zu folgenden Schlußfolgerungen gelangt:
 - a) Den wirksamsten Beitrag für dauerhaften neuen Wohlstand, an dem alle Völker teilhaben, können wir dadurch leisten, daß wir unermüdlich — in jedem unserer Länder und gemeinsam — eine Politik verfolgen, die dauerhaftem Wachstum und höherer Beschäftigung dient.
 - b) Das wirtschaftliche Wohlergehen in den Industrie- und den Entwicklungsländern

ist immer enger verknüpft. Wir werden mit den Entwicklungsländern weiterhin im Geiste wirklicher Partnerschaft zusammenarbeiten.

- c) Ein offenes multilaterales Handelssystem ist unentbehrliche Voraussetzung weltweiten wirtschaftlichen Wohlstandes; darum setzen wir uns nachdrücklich für umgehende und wesentliche Schritte zum Abbau von Handelsbeschränkungen ein.
- d) Desgleichen werden wir auf ein stabileres und wirksameres Funktionieren des internationalen Währungssystems hinarbeiten.
- e) Wirtschaftlicher Fortschritt und die Erhaltung der natürlichen Umwelt sind notwendig und ergänzen sich gegenseitig. Wirksamer Umweltschutz ist ein zentrales Element unserer nationalen und internationalen Politik.

I. Wachstum und Beschäftigung

5. Um ein inflationsfreies Wachstum und höhere Beschäftigung zu sichern, haben wir vereinbart:

- Wir werden die bisherigen Erfolge bei der Inflationsbekämpfung festigen und fortführen.
- Wir werden eine umsichtige Geld- und Haushaltspolitik verfolgen und sie, soweit erforderlich, verstärken, um stabile Preise, niedrigere Zinsen und eine Ausweitung produktiver Investitionen zu sichern. Jedes unserer Länder wird strenge Ausgabendisziplin wahren, um Haushaltsdefizite, wo sie überhöht sind, zu verringern und den Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand am Bruttonsozialprodukt, wo es notwendig ist, zurückzuführen.
- Wir werden auf den Abbau der Wachstumshemmnisse hinarbeiten und Initiative und Unternehmergeist fördern, um dadurch die schöpferische Leistungskraft unserer Völker freizusetzen, dabei aber für die Bedürftigen eine angemessene Sozialpolitik beibehalten.
- Wir werden größere Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit auf allen Märkten, besonders auf dem Arbeitsmarkt, fördern.
- Wir werden die Ausbildung insbesondere der Jugend unterstützen, um die berufliche Qualifikation zu verbessern.
- Wir werden die Chancen ausschöpfen, die im wirtschaftlichen Wandel und technologischen Fortschritt für die Sicherung von Wohlstand und dauerhafter Beschäftigung liegen.

6. Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Grundsätze hat jeder von uns die besonderen Schwerpunkte der nationalen Politik deutlich gemacht.

- Der Präsident der Vereinigten Staaten hält eine schnelle und beachtliche Senkung der öffentlichen Ausgaben und damit eine bedeutende Verringerung des Haushaltsdefizits für wesentlich. Desgleichen betont er die Notwendigkeit weiterer Deregulierung sowie einer Reform des Steuersystems, die den wirkungsvollen Einsatz der Ressourcen unterstützt und zu neuem Sparen und Investieren anspornt.

- Der Präsident der Französischen Republik betont die Notwendigkeit der weiteren Inflationsverringerung, der Modernisierung der Produktionsmittel, der Verbesserung der Beschäftigung, der Eindämmung der Staatsausgaben und der Bekämpfung sozialer Ungleichheit. In diesem Zusammenhang räumt er der Erziehung, Forschung und Investition in Hochtechnologien im Hinblick auf dauerhaftes Wachstum hohen Vorrang ein.
- Die Regierung des Vereinigten Königreichs wird weiterhin auf eine Senkung der Inflation und die Schaffung der Voraussetzungen für anhaltendes Wachstum hinarbeiten. Sie wird die öffentlichen Ausgaben streng unter Kontrolle halten und geldpolitische Disziplin wahren. Sie wird die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen und fortgeschrittenen technologischer Industrien sowie Initiative und Unternehmergeist und die Schaffung neuer Beschäftigungschancen fördern.
- Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mißt der Stärkung wirtschaftlicher Flexibilität und Dynamik hohe Priorität bei, um das Wachstum dauerhaft zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen besonders ermutigt werden, desgleichen Spitzentechnologien. Sie wird die Ansprüche des öffentlichen Sektors an die Wirtschaft, das Haushaltsdefizit und die Steuerlast weiter senken.
- Die Regierung Japans sieht es vor allem in Hinblick auf eine Stärkung der Investitionstätigkeit für wesentlich an, in ihrer Politik der Haushaltsdisziplin und der Stärkung der Marktfunktionen fortzufahren. Sie beabsichtigt, bei der Deregulierung der Finanzmärkte, der Förderung der internationalen Rolle des Yen, der Erleichterung des Marktzugangs und der Förderung des Einfuhrwachstums weitere Fortschritte zu erzielen.
- Die italienische Regierung weist der weiteren Senkung der Inflation und des öffentlichen Defizits bei gleichzeitiger Wahrung von Wachstum und Investition Vorrang zu. Besonderer Nachdruck wird auf Anreize zur Schaffung kleiner und mittlerer Industrien vor allem im Bereich der Spitzentechnologie im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung, insbesondere für junge Menschen, gelegt werden.
- Die Regierung Kanadas wird sich auf die Förderung von Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im privaten Sektor, auf die Beseitigung von Hindernissen für anhaltendes inflationsfreies Wachstum, die Senkung des Haushaltsdefizits und die Eindämmung der Staatsausgaben konzentrieren. Sie wird unternehmerische Aktivitäten mit Schwerpunkt auf Klein- und Mittelbetrieben unterstützen.
- Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften räumt der Vollendung eines echten Binnenmarktes ohne Grenzschränken hohen Vorrang ein; dies wird Starrheiten beseitigen und zu einem neuen gemeinschaftsweiten Schub des Wirtschaftswachstums führen. Ein gestärktes europäisches Währungssystem und engere wirtschaftliche Konvergenz werden diesem Ziel zusätzlich dienlich sein.
Mit dieser Politik gehen wir nicht nur unsere jeweiligen eigenen Probleme an, sondern leisten zugleich einen Beitrag zu anhaltendem Wachstum der Weltwirtschaft und zu einer gleichgewichtigeren Ausweitung des internationalen Handels.

II. Beziehungen zu den Entwicklungsländern

7. Anhaltendes Wachstum des Welthandels, niedrigere Zinsen, offene Märkte und fortgesetzte Finanzierung in einem Umfang und zu Bedingungen, die dem jeweiligen Einzelfall gerecht werden, sind wesentlich, um die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, gesundes Wachstum zu erreichen und ihre wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Der Ressourcenzufluß einschließlich öffentlicher Entwicklungshilfe, besonders an die ärmeren Länder, soll beibehalten und, wo immer möglich, erhöht werden. Vor allem sollten stabilere langfristige Finanzierungsströme, z. B. Direktinvestitionen der Industrieländer, gefördert werden. Wir begrüßen die zwischen Schuldnerländern und Geschäftsbanken vereinbarten längerfristigen Umschuldungen. Wir sind weiterhin bereit, in geeigneten Fällen über mehrjährige Umschuldungen von Verbindlichkeiten gegenüber Regierungen und öffentlichen Einrichtungen zu verhandeln.

8. Wir unterstützen auch weiterhin den konstruktiven Dialog mit den Entwicklungsländern in den bestehenden internationalen Institutionen mit dem Ziel einer Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der sozialen und politischen Stabilität dieser Länder. Wir betonen die entscheidende Rolle des Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe und der verbesserten Zusammenarbeit zwischen ihnen bei der Stützung einer Politik der Schuldnerländer, die erforderlich ist, damit das Vertrauen der in- und ausländischen Gläubiger und Investoren gestärkt, die inländische Ersparnisbildung angeregt, die Ressourcen wirkungsvoll genutzt werden und eine gesunde langfristige Entwicklung gesichert ist. Wir wollen sicherstellen, daß diese Institutionen über die notwendigen Mittel und Instrumente verfügen, und wir sind bereit, eine in den kommenden Jahren eventuell erforderlich werdende Erhöhung der Mittelausstattung der Weltbank zu erörtern.

Sorge bereiten uns weiterhin die besonderen Probleme einer Reihe von Entwicklungsländern, die weder zu den ärmsten Ländern gehören noch in der ersten Reihe der größten Schuldner stehen. Wir sind uns einig, daß eine Erleichterung der finanziellen Anspannung dieser Länder je nach Lage des Einzelfalles in Erwägung gezogen werden soll.

9. Unsere tiefe Sorge gilt der Not afrikanischer Völker, die unter Hunger und Dürre leiden. Wir begrüßen die von unseren Bürgern und privaten Organisationen gezeigte Hilfsbereitschaft sowie die substantielle Hilfe durch die Regierungen vieler Länder und die Einrichtung der Sonderfazilität für Subsahara-Afrika durch die Weltbank. Wir werden unsere Nahrungsmittelsoforthilfe weiterführen. Überdies werden wir unsere Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern verstärken, um ihnen zu helfen, auf der Grundlage ihrer eigenen Agrarprogramme ihr Wirtschaftspotential und eine langfristige Nahrungsmittelstrategie zu entwickeln. Wir sind bereit, eine Erhöhung der Nahrungsmittelerzeugung durch die Lieferung landwirtschaftlicher Produktionsmittel, z. B. Saatgut, Schädlingsbekämpfungs- und Düngemittel, im Rahmen landwirtschaftlicher Entwicklungsvorhaben zu fördern. Wir sind uns einig, daß es notwendig ist, die bestehenden Früherkennungssysteme und Transportvorkehrungen zu verbessern. Politische Hindernisse in den betroffenen Ländern dürfen der Verteilung von Nahrungsmitteln an die Hungernden nicht im Wege stehen. Wir betonen die Notwendigkeit, die

Einrichtung eines Netzwerks zur Erforschung von Getreidesorten für trockene Zonen zu prüfen. Wir werden unsere Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern bei der Bekämpfung der Wüstenbildung verstärken. Notwendig sind weitere Anstrengungen aller Länder, die in der Lage sind, zu dieser Arbeit teilweise oder insgesamt beizutragen. Wir appellieren an die Sowjetunion und andere kommunistische Länder, sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung zu stellen. Wir haben eine Sachverständigengruppe eingesetzt, die Vorschläge für Folgemaßnahmen vorbereiten und darüber den Außenministern bis September 1985 berichten soll.

III. Multilaterales Handelssystem und internationales Währungssystem

10. Protektionismus löst keine Probleme — er schafft sie nur. Weitere greifbare Fortschritte bei der Lockerung und Abbau bestehender Handelsbeschränkungen sind dringend geboten. Wir brauchen neue Initiativen zur Stärkung des offenen multilateralen Handelssystems. Wir unterstützen nachdrücklich die Übereinkunft des OECD-Ministerrats, daß eine neue GATT-Runde sobald wie möglich beginnen soll. Die meisten von uns sind der Meinung, daß dies im Jahr 1986 sein sollte. Wir halten es für nützlich, daß noch vor Ende des Sommers im GATT eine vorbereitende Konferenz hoher Beamter stattfindet, um breite Übereinstimmung über Themen und Modalitäten der Verhandlungen herbeizuführen. Desgleichen halten wir einvernehmlich eine aktive Beteiligung einer erheblichen Zahl von Industrie- und Entwicklungsländern an diesen Verhandlungen für wesentlich. Wir erwarten ein ausgewogenes Verhandlungspaket.

11. Wesentlich ist auch eine Verbesserung des Funktionierens des internationalen Währungssystems. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Finanzminister der Zehnergruppe beabsichtigen, auf ihrer Tagung in Tokio im Juni ihre laufenden Arbeiten über Möglichkeiten für eine Verbesserung des Funktionierens des Währungssystems abzuschließen und Vorschläge zu unterbreiten, die auf der nächsten Sitzung des Interimsausschusses des Internationalen Währungsfonds im Oktober in Seoul erörtert werden sollen mit dem Ziel, das internationale Währungssystem stabiler und wirksamer zu machen.

IV. Umweltpolitik

12. Neue Ansätze und verstärkte internationale Zusammenarbeit sind dringend notwendig, um die an nationalen Grenzen nicht haltmachenden Umweltschädigungen rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern. Bei der Bewältigung drängender Umweltprobleme wie saure Niederschläge und Luftverschmutzung durch Kraftfahrzeuge und alle anderen erheblichen Schadstoffquellen werden wir zusammenarbeiten. Wir werden auch die anderen Umweltprobleme angehen, z. B. Klimaänderungen, Schutz der Ozonschicht und Handhabung giftiger Chemikalien und gefährlicher Abfälle. Der Schutz des Bodens, des Süßwassers und der Meere, besonders der Regionalmeere, muß verstärkt werden.

13. Wir werden sowohl die Mechanismen staatlicher Wachsamkeit als auch die Dis-

ziplin des Marktes nutzen, um Umweltprobleme zu lösen. Wir werden das Verursacherprinzip fortentwickeln und breiter anwenden. Wissenschaft und Technologie müssen dazu beitragen, Umweltschutz und Wirtschaftswachstum miteinander in Einklang zu bringen.

14. Verbesserte und international abgestimmte Umweltmeßtechniken sind wesentlich. Wir fordern die Umweltxperten der Arbeitsgruppe Technologie, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung auf, sich mit den zuständigen internationalen Gremien über die wirksamsten Möglichkeiten für Fortschritte in diesem Bereich zu beraten.

15. Wir begrüßen den Beitrag der Umweltminister zur engeren internationalen Zusammenarbeit in Umweltfragen. Wir werden vor allem in den bestehenden internationalen Organisationen, besonders der OECD, verstärkt zusammenarbeiten. Wir werden gemeinsam mit den Entwicklungsländern darauf hinwirken, daß Umweltschäden und Umweltkatastrophen weltweit verhindert werden.

V. Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie

16. Wir sind davon überzeugt, daß die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Technologie bei großen Projekten verstärkt werden sollte, um den größten Nutzen aus unserem wissenschaftlichen Potential zu ziehen. Wir sind der Ansicht, daß es bei derartigen Projekten notwendig ist, Beteiligung und Verantwortung in angemessener Weise aufzuteilen und daß sachgerechte Regelungen über den Zugang zu den erzielten Ergebnissen, den Technologietransfer und die Nutzung der einschlägigen Technologie erforderlich sind.

17. Wir begrüßen die positiven Antworten der Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation (EWO), Kanadas und Japans auf die Einladung des amerikanischen Präsidenten zur Mitarbeit an dem Programm der Vereinigten Staaten für bemannte Raumstationen auf der Grundlage echter Partnerschaft und eines fairen und angemessenen Austauschs von Informationen, Erfahrungen und Technologien. Gespräche über die Zusammenarbeit der Regierungen bei Entwicklung und Nutzung ständig bemannter Raumstationen werden umgehend beginnen. Wir begrüßen auch die Beschlüsse des EWO-Rats über die Notwendigkeit der Erhaltung und Ausweitung einer eigenständigen Kapazität Europas für Aktivitäten im Weltraum und über das langfristige europäische Weltraumprogramm und seine Ziele.

18. Wir begrüßen den Bericht der Arbeitsgruppe Technologie, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung über die in den achtzehn Kooperationsbereichen geleistete Arbeit und wir bitten die Gruppe, bis zum Jahresende ihre Überprüfung abzuschließen. Wir begrüßen den positiven Beitrag, den die Ministerkonferenz in Venedig über „Technologische Entwicklung und Beschäftigung“ für eine breitere Akzeptanz der Bedeutung des technologischen Wandels für das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung geleistet hat. Ferner begrüßen wir die Ergebnisse der Konferenz von Rambouillet über Bioethik und danken der Bundesrepublik Deutschland für ihre Bereitschaft, im Jahre 1986 ein Symposium über Neurobiologie auszurichten.

19. Wir haben vereinbart, uns nächstes Jahr wieder zu treffen und haben die Einladung des japanischen Ministerpräsidenten nach Japan angenommen.